



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> **Großdemonstration für die spanische Verfas- sung**

Zum Gedenken an den 27. Jahrestag der spanischen Verfassung veranstaltete die Volkspartei eine Großkundgebung am 3. Dezember im Madrider Stadtzentrum. An der Demonstration nahmen laut Veranstalter 200.000 Personen teil; Zeitungen dagegen berichteten lediglich von rund 50.000 Teilnehmern. Auch wenn mit der Veranstaltung unter dem Motto „Alle zusammen mit der Verfassung“ in erster Linie an das Ende der Franco-Diktatur und die Inkraftsetzung der demokratischen Verfassung vor 27 Jahren erinnert werden sollte, diente sie zugleich als Protestaktion gegen die stark umstrittene Reform des katalanischen Autonomiestatuts. Die Volkspartei kritisiert den Entwurf, der derzeit in den Ausschüssen des nationalen Parlaments verhandelt wird, als „heimliche Verfassungsänderung“ bzw. Aushöhlung der 1978 beschlossenen Verfassung, da viele der von den Katalanen eingeforderten Autonomierechten im Widerspruch zu derselben stehen. Dementsprechend verliehen viele der Demonstranten mit Plakaten und Sprechchören wie „Katalonien ist Spanien“ oder „Katalonien ist Region, keine Nation“

ihrer Sorge um die Einheit Spaniens deutlichen Ausdruck. Frentisch gefeiert wurde insbesondere der PP-Vorsitzende Mariano Rajoy, der nur wenige Tage, nachdem er



den Absturz seines Hubschraubers beinahe unverletzt überlebt hatte, ans Rednerpult trat. Rajoy erklärte den Teilnehmern, die Volkspartei wolle mit der Demonstration zeigen, dass sich die derzeitige „sozialistische Regierung nicht an das halte, was 1978 in der Verfassung vereinbart worden war, und auch nicht das sei, was das spanische Volk heute wolle. „Unsere gemeinsame Zukunft“, so Rajoy, „kann nicht auf Radikalismus, Intoleranz und Wut beruhen“. Eine Aushöhlung der Verfassung werde man keinesfalls dulden. Mit Bezug auf die von Katalonien geforderte Anerkennung als selbständige Nation innerhalb der spanischen Nation erklärte der PP-Vorsitzende energisch: „Dies ist keine Nation von Nationen, sondern eine Nation von Menschen, von freien und gleichen Bürgern. Als er seine Rede mit den Worten „Lang lebe die Verfassung, lang lebe die Freiheit, lange lebe die spanische Nation“ beendete,

wollte der Beifall seiner Anhänger nicht enden. Vertreter der Regierung Zapatero kritisierten die Demonstration der PP indes als Aufhetzung der Spanier gegen das katalanische Autonomiestatut und die Regierung Zapatero. Die Veranstaltung in Madrid sei weder eine Demonstration für die Verfassung noch eine gegen Katalonien, sondern sei deutlich eine Demonstration gegen die Zapatero-Regierung gewesen, betonten die Kritiker.

>> **Rajoy überlebt Hubschrauberabsturz leicht verletzt**



Glück im Unglück hatte der PP-Vorsitzende Mariano Rajoy vergangene Woche bei einem Hubschrauberabsturz. Rajoy, der sich auf der Rückreise von einem Kurzbesuch in Móstoles, im Madrider Süden, befand, erlitt nur leichte Handverletzungen und konnte das Krankenhaus noch am gleichen Tag wieder verlassen. Seine Begleiter, u.a. die Madrider Regionalpräsidentin Esperanza Aguirre (PP), blieben unverletzt. Ihr Hubschrauber war kurz nach dem Start aus der örtlichen Stierkampfarena wegen heftiger Windböen außer Kontrolle geraten und gegen die obersten Zuschaueränge gestoßen. Danach stürzte der Helikopter aus ca. 8 Metern Höhe ab. Gleich nach der Schreckensmeldung eilte PP-Generalsekretär Ángel Acebes in das Krankenhaus, wo Rajoy ärztlich versorgt wurde,

und erklärte anschließend, der Vorsitzende sei mit einem gebrochenen Finger und dem Schrecken davon gekommen. Nach Angaben des Generalsekretärs wollte Rajoy sein Arbeitsprogramm unmittelbar nach dem Unglück fortsetzen, wurde jedoch von den Ärzten für einige Stunden zur Beobachtung „festgehalten“. Inzwischen ist der PP-Chef jedoch wieder voll einsatzfähig, wie er seinen Anhängern auf der Großkundgebung am 3. Dezember in der Madrider Innenstadt durch seinen energischen Auftritt eindrucksvoll demonstrierte.

>> **Heftige Kritik an spanischen Rüstungsverkäufe an Venezuela**

Der kürzlich vom spanischen Verteidigungsminister José Bono und dem venezolanischen Staatspräsidenten Hugo Chavez unterzeichnete Vertrag über den Kauf von vier Korvetten, vier Patrouillenbooten, zehn Transportflugzeugen und zwei Seeaufklärungsflugzeugen belastet erneut die noch immer ange-



spannten Beziehungen zwischen Spanien und den USA. Eduardo Aguirre (Foto), US-Botschafter in Madrid, kritisierte den Rüstungsdeal in Höhe von 1,7 Milliarden Euro als destabilisierenden Faktor in der Region. Zudem drohte Aguirre mit einem Veto gegen den Verkauf von US-Technologie. Denn da rund die Hälfte der Komponenten in den Flugzeugen aus den USA käme,

bräuchte Spanien eine Ausfuhrlizenz der USA, so der Botschafter. Die Rüstungsanstrengungen der Regierung Chavez, enger Verbündeter und Sponsor des Castro-Regimes auf Kuba, werden insbesondere von den USA als erhebliche Gefährdung der Stabilität in der Region wahrgenommen. In letzter Zeit hat sich Venezuela bereits mit brasilianischen Flugzeugen, russischen Kalaschnikow-Gewehren und Militärhubschraubern eingedeckt. Nichtsdestotrotz weist die Regierung Zapatero jegliche Kritik an dem Rüstungsgeschäft vehement zurück. Verteidigungsminister José Bono erklärte, es gäbe kein internationales Waffenembargo gegen Venezuela. Spanien habe somit als souveräne Nation das Recht zu solchen Rüstungsgeschäften. Weiterhin berief sich Bono auf venezolanische Angaben, wonach die gekauften Schiffe sowie Transport- und Aufklärungsflugzeuge ausschließlich dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den internationalen Drogenhandel dienen sollen und keinen offensiven Charakter hätten.

Im Anschluss an die Vertragsunterzeichnung in Caracas reiste Bono (Foto) weiter nach Kolumbien, wo er der Regierung von Präsident Alvaro Uribe 21 Militärflugzeuge des EADS-Herstellers CASA zum Kauf "zu bestmöglichen Bankkonditionen" anbot. Zusätzlich sollen vier Hubschrauber gratis geliefert werden. Bono betonte, der Verkauf stehe in keinerlei Zusammenhang



mit den Waffenverkäufen an Kolumbiens Nachbarn Venezuela, sondern sei ein Zeichen der besonderen Verbundenheit Spaniens mit Kolumbien.

>> **Der Druck auf Industrieminister José Montilla wächst weiter**

Der wegen Korruptionsverdachts schwer angeschlagene Industrieminister und Generalsekretär der katalanischen PSC, José Montilla (Foto), ging kürzlich in die Offensive und bezichtigte die PP, eine Hetzkampagne gegen seine Person zu führen. Er warf der Volkspartei vor, ihn mit allen Mitteln beschädigen zu wollen, da er als Katalane in der Regierung Zapatero eine Schlüsselrolle im Verhandlungsprozess des katalanischen Autonomiestatuts einnehme. Zudem wolle die Volkspartei verhindern, dass ein von PP-nahen Personen kontrolliertes Unternehmen von einem katalanischen Konkurrenten geschluckt werde, so der Minister. Hintergrund der Auseinandersetzung ist die geplante feindliche Übernahme des Energieversorgers Endesa durch GAS Natural, dessen Hauptaktionär die katalanische Großbank Caixa ist. Diese hatte den katalanischen Sozialisten Schulden in Höhe von rund 6,5 Millionen Euro erlassen. Montilla, dessen Ministerium über die Zulässigkeit der Fusion zu entscheiden hat, wird vorgeworfen, die Übernahme zugunsten der Cai-



xa voranzutreiben, obwohl dadurch ein den Wettbewerb schädigendes Monopol im Energiesektor entstehen würde. In der Kontrollsitung im spanischen Kongress warf der PP-Abgeordnete Vicente Martínez Pujalte (Foto) dem Industrieminister zudem vor, Gas Natural und anderen Unternehmen der Caixa bereits mit über 20 Maßnahmen seines Ministeriums Vorteile



verschafft zu haben. Die von der Volkspartei geforderte Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, um dem Korruptionsverdacht nachzugehen, wurde jedoch von der PSOE und ihren Verbündeten abgelehnt. Stattdessen bemühten sich die Sozialisten, ihren Minister als „Opfer einer Hetzkampagne der Rechten“ darzustellen. Montilla selbst hatte u.a. geäußert, die PP-Demonstration am 3. Dezember in Madrid würde an die Kundgebungen des Franco-Regimes erinnern. Zu den konkreten Vorwürfen selbst gab er dagegen keine Stellungnahme ab. PP-Generalsekretär Ángel Acebes wies jeglichen Vergleich mit dem Franco-Regime empört zurück und erklärte, Montilla würde wild um sich schießen und Rauchbomben werfen, um von der Affäre abzulenken. Nach eineinhalb Jahren sozialistischer Regierung sei das Gespenst der Korruption wieder aufgetaucht. Die Volkspartei werde nicht ruhen, bis der Skandal restlos aufgedeckt sei, so Acebes kämpferisch.

>> EU-Finanzplan - Spanien für Reduzierung des Britenrabatts



Europastaatssekretär Alberto Navarro (Foto) von der PSOE, sieht in der Reduzierung des Britenrabatts den "Schlüssel zu den Verhandlungen über den nächsten EU-Haushalt". Gerüchte, wonach die britische Ratspräsidentschaft die Obergrenze der EU-Zahlungen von 1,06 Prozent auf 1,03 Prozent senken will, klingen laut Navarro "nicht gut für uns". Die Briten könnten nicht auf der einen Seite eine Modernisierung des Haushalts und eine Reform der Agrarsubventionen fordern und auf der anderen Seite verlangen, den Britenrabatt nicht zu ändern, so Navarro. Spanien, über Jahre hinweg der größte Nutznießer der europäischen Strukturfonds, fürchtet radikale Kürzungen der Gelder aus Brüssel und drängt auf ein langsames Auslaufen der Hilfen.



Wirtschafts- und Finanzminister Pedro Solbes (Foto) hat inzwischen angekündigt, im nächsten Haushalt einen Sonderfonds einzurichten, mit dem der plötzliche Verlust der EU-Subventionen und mögliche negative wirtschaftliche Folgen abgefedert werden sollen.

>> **Parlamentsausschuss beschließt Änderungen am Bildungsgesetz**

Nach heftigen Protesten von Elternverbänden und der oppositionellen Volkspartei wurde das Bildungsge-



setz LOE jetzt mit rund 100 Änderungen vom Bildungsausschuss des nationalen Parlaments angenommen. Die Ausschussmitglieder der PP enthielten sich der Stimme. Der Gesetzentwurf sieht nun vor, dass Religionsunterricht in allen Schulen erteilt werden soll; die Teilnahme ist jedoch freiwillig. Die Curricula werden stärker als zunächst vorgesehen standardisiert. Damit wurde eine wichtige Forderung der Volkspartei teilweise erfüllt, die im ursprünglichen Entwurf die Gefahr einer zu starken Aufsplitterung des nationalen Bildungssystems in regionale Subsysteme gesehen hatte. Die Elternverbände, die zuvor heftig gegen die Reformpläne der Regierung Zapatero protestiert hatten, äußerten sich "relativ zufriedenstellend" über die im Ausschuss vorgenommenen Änderungen. Gleichzeitig schlossen sie weitere Protestaktionen gegen das Gesetz aus. Damit hat sich die Regierung Zapatero, zumindest was die Bildungspolitik betrifft, fürs erste etwas Ruhe verschaffen können. Die Proteste gegen das LOE hatten wesentlich zu dem starken Imageverlust beigetragen, den die Regierung in den letzten Wochen und Monaten hinnehmen musste.

>> **OECD prognostiziert Spanien dauerhaftes Wirtschaftswachstum**



Dem Halbjahresbericht der OECD zufolge wird Spaniens Wirtschaft auch in den kommenden zwei Jahren kräftig wachsen. Auch in den Jahren 2006 und 2007 werde die Wirtschaft aufgrund der hohen Binnennachfrage und steigender Exporte über 3 Prozent wachsen, schreibt die OECD. Wirtschaftsminister Pedro Solbes kommentierte, die OECD-Angaben stimmten mit den eigenen Berechnungen überein. Doch müssten weitere Reformen in Gang gebracht werden, um die Produktivität zu steigern. Dadurch solle das Wachstum nachhaltig gesichert werden, so der Wirtschaftsminister.

>> **Zapatero eröffnet Konferenz zur Allianz der Zivilisationen**

Nachdem Zapatero auf der VN-Generalversammlung im September seine Idee einer "Allianz der Zivilisationen" vorgestellt hatte, er-



öffnete er dazu eine Fachkonferenz auf Mallorca. Zapatero bezeichnete den Extremismus als "Ursprung der Auseinandersetzung zwischen Zivilisationen". "Man muss jene bekämpfen, die anderen ihre Ideologie gewaltsam aufdrücken". In einem Grußwort warnte auch UN-Generalsekretär Annan

vor einer "Destabilisierung der Menschheit", wenn man sich nicht dem Problem stellt.

>> Portugal mit Ergebnis des Mittelmeergipfels zufrieden



Portugals Ministerpräsident José Sócrates lobte die Ergebnisse der Barcelona-Konferenz als "wichtige Schritte zur Vertiefung des Barcelona-Prozesses". Insbesondere seien die Ergebnisse zur illegalen Zuwanderung und Terrorismusbekämpfung zielführend, um die Sicherheit nicht nur regional, sondern weltweit zu erhöhen, betonte Sócrates. Der verabschiedete 5-Jahresplan verdeutliche den klaren Willen der EU, die Euromed-Länder politisch und wirtschaftlich zu stärken und sicherer zu machen.

>> Präsidentschaftswahlen in Portugal

Knapp zwei Monate vor den portugiesischen Präsidentschaftswahlen liegt der Kandidat der liberal-konservativen PSD in allen Umfragen unangefochten vorne. Derzeit scheint nur die Frage offen, ob sich Aníbal Cavaco Silva (Foto) am 22. Januar 2006 schon im ersten Wahlgang gegen seine vier Mitbewerber durchsetzen kann, oder ein zweiter Urnengang am 22. Februar nötig ist. Einer Umfrage der Katho-



lichen Universität Lissabon zufolge käme Cavaco Silva auf 57 Prozent der Stimmen. Auf dem zweiten Platz liegt weit abgeschlagen der Sozialist Manuel Alegre mit 17 Prozent. Noch einen Punkt dahinter liegt der offizielle Kandidat der Sozialistischen Partei, der ehemalige Staatspräsident Mário Soares. Sollten sich die seit Monaten stabilen Umfragewerte auch am Wahltag bestätigen, würde erstmals ein PSD-Politiker zum portugiesischen Staatsoberhaupt gewählt.

lichen Universität Lissabon zufolge käme Cavaco Silva auf 57 Prozent der Stimmen. Auf dem zweiten Platz liegt weit abgeschlagen der Sozialist Manuel Alegre mit 17 Prozent. Noch einen Punkt dahinter liegt der offizielle Kandidat der Sozialistischen Partei, der ehemalige Staatspräsident Mário Soares. Sollten sich die seit Monaten stabilen Umfragewerte auch am Wahltag bestätigen, würde erstmals ein PSD-Politiker zum portugiesischen Staatsoberhaupt gewählt.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Außenstelle Madrid
Inhaltlich Verantwortlich:
Michael Däumer
Zusammengestellt:
Stefan Reith
Design: Normann Kreuter
Postanschrift:
Paseo de la Castellana 167
28046 Madrid, España
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: Hkasmad@gmx.net
Web: [Hwww.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)